

van Suntum, Ulrich

Article — Digitized Version

Kaufkrafteffekte der Wirtschafts- und Währungsunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: van Suntum, Ulrich (1990) : Kaufkrafteffekte der Wirtschafts- und Währungsunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 8, pp. 398-401

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136664>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ulrich van Suntum

Kaufkrafteffekte der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Auswirkungen der deutsch-deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion auf die Realeinkommen der privaten Haushalte in der DDR sind nach wie vor umstritten. Wie sind die Methoden und Ergebnisse der bislang vorliegenden Kaufkraftberechnungen einzuschätzen? Erscheinen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht solche Studien überhaupt sinnvoll?

Seit dem 1. Juli 1990 bilden die Bundesrepublik und die DDR ein einheitliches Währungsgebiet. Entgegen dem ursprünglichen Vorschlag der Bundesbank wurde dabei ein Kurs von 1:1 für die Umstellung der Stromgrößen (Löhne, Steuern und Abgaben) gewählt, bei weitgehender Freigabe der Preise. Die Geld- und Sparguthaben der DDR-Bürger wurden allerdings nur bis zu einer altersabhängigen Höchstgrenze (von 2000 bis 6000 Mark) im Verhältnis 1:1 gegen D-Mark umgetauscht, darüber hinausgehende Guthaben im Verhältnis 2:1.

Die Bundesregierung betrachtet diese Modalitäten als sehr großzügig und hat wiederholt die Meinung geäußert, mit ihnen an die Grenze des Vertretbaren gegangen zu sein. Dagegen wurden insbesondere in der DDR schon frühzeitig Bedenken geäußert, daß selbst im Falle eines generellen Umtauschkurses von 1:1 mit einer Kaufkrafteinbuße für die DDR-Bürger gerechnet werden müsse¹. Durch die Währungsunion würden sich insbesondere die bisher stark subventionierten Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen (z.B. im Verkehr) in der DDR dem deutlich höheren Niveau in der Bundesrepublik anpassen, während die Löhne und Renten bei einer Umstellung im Verhältnis 1:1 nominal zunächst unverändert bleiben würden. Vor allem für die unteren Einkommensschichten erschien es unter diesen Umständen fraglich, ob der damit einhergehende Kaufkraftverlust durch niedrigere Preise für Industriegüter (insbesondere hochwertige Konsumgüter wie Automobile und Fernseher) hinreichend ausgeglichen werden würde.

Auch unter den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten in der Bundesrepublik herrscht Uneinigkeit in dieser Frage. Das Münchener ifo-Institut legte im Mai Berechnungen vor, wonach für den durchschnittlichen DDR-Haushalt leichte Kaufkraftgewinne von 2,5% als Folge der D-Mark-Einführung zu erwarten seien. Der durchschnittliche 2-Personen-Rentnerhaushalt hätte dagegen leichte Kaufkraftverluste in Höhe von rund 4% hinzunehmen. Diese Aussagen stützen sich auf Berechnungen des künftigen Preisindex nach Laspeyres, wobei die Verbrauchsgewohnheiten der DDR-Bürger im Jahr 1988 als Ausgangsbasis dienten².

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin kommt zu völlig anderen Ergebnissen³. Aufbauend auf detaillierten Kaufkraftvergleichen zwischen Mark der DDR und D-Mark⁴, errechnet das Institut als Folge einer Umstellung der Nettoeinkommen im Verhältnis 1:1 einen Kaufkraftverlust von rund 20% für den durchschnittlichen DDR-Haushalt, für Rentner-Haushalte sogar eine Kaufkrafteinbuße von 40%⁵. Die DIW-Daten enthalten zudem eine rechnerische Inkonsistenz,

¹ Vgl. z.B. H.-J. Dubrowsky: Schritte und Tempi der monetären Umstellung der DDR-Wirtschaft auf eine Marktwirtschaft, List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 16 (1990), H. 3, S. 221 ff.

² Vgl. W. Nierhaus: DDR: Kaufkrafteffekte durch Währungsunion?, in: ifo-schnelldienst 13/1990, S. 24 ff.

³ Vgl. o.V.: Realeinkommensverluste in der DDR nach Einführung der Währungsunion wahrscheinlich, in: DIW-Wochenbericht 21/90 vom 25. 5. 1990, S. 294; o.V.: Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR, in: DIW-Wochenbericht 17/90 vom 26. 4. 1990, insbesondere S. 237 ff.

⁴ Vgl. o.V.: Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1985, in: DIW-Wochenbericht 21/86 vom 22. 5. 1986, S. 259 ff.

⁵ Auch in einer optimistischeren Variante, in der insbesondere stärkere Preissenkungen für Industriegüter angenommen wurden, errechnete das Institut immer noch leichte Kaufkraftverluste von 2% für den Durchschnittshaushalt bzw. 25% für Rentnerhaushalte, vgl. ebenda, S. 239.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, 36, leitet das Institut für Wirtschaftspolitik und Konjunkturforschung an der Universität Witten/Herdecke.

deren Korrektur die Kaufkraftverluste nochmals deutlich höher ausfallen lassen würde⁶. Ähnlich wie beim ifo-Institut liegt hier eine Index-Berechnung zugrunde, allerdings auf der Grundlage des DDR-Warenkorbes von 1985 mit insgesamt etwas pessimistischeren Annahmen hinsichtlich der Preisentwicklung, speziell im Dienstleistungssektor (vgl. Tabelle 1).

Problematische Indexberechnungen

Die gravierenden Unterschiede in den Ergebnissen sind sehr überraschend, zumal die Annahmen, auf denen die Berechnungen der beiden Institute basieren, nicht so stark voneinander abweichen. So unterstellen beide Institute das in der DDR sehr niedrige Mietpreisniveau als zunächst unverändert, und auch in den Annahmen über die Entwicklung der übrigen Einzelpreise liegen sie nicht so weit auseinander, daß sich allein daraus derart große Unterschiede im Ergebnis erklären ließen. Tatsächlich würden die DIW-Annahmen, wenn man sie entsprechend dem ifo-Vorgehen in einen Laspeyres-Index transformieren würde⁷, lediglich Kaufkraftverluste von 13% für alle privaten Haushalte bzw. 27% für die Rentnerhaushalte in der DDR ergeben, nicht aber Werte von 20 bzw. 39%, wie sie in der Tabelle ausgewiesen werden. Da es sich bei den hier auftretenden Differenzen keineswegs um nachrangige Kommastellen handelt, sondern um politisch durchaus brisante Größenordnungen, lohnt es sich, das methodische Vorgehen des DIW näher zu untersuchen⁸.

Der entscheidende Unterschied zum Vorgehen des ifo-Institutes besteht darin, daß das DIW nicht von konstanten Verbrauchsstrukturen ausgeht, sondern annimmt, die Minderung der Kaufkraft gehe allein zu La-

⁶ Vgl. dazu Fußnote 10.

⁷ Dieser Index gewichtet bekanntlich die Preisänderungen mit den Verbrauchsanteilen der Basisperiode, also den in Tabelle 1 angegebenen Anteilswerten.

⁸ Anhand des veröffentlichten Materials ist dies im einzelnen nicht nachvollziehbar. Das DIW hat dem Verfasser dankenswerterweise die entsprechenden Einzelberechnungen zur Verfügung gestellt.

⁹ Vgl. o.V.: Quantitative Aspekte ..., a.a.O., S. 237.

¹⁰ Vgl. ebenda und o.V.: Realeinkommensverluste ..., a.a.O., S. 294. Aus den Berechnungen geht hervor, daß diese Annahme konsequent durchgehalten wurde, mit Ausnahme des zum Genußmittelbereich gehörenden Verzehrs in Gaststätten, für den Einkommenselastizitäten von eins (also nominal unveränderte Ausgaben) unterstellt wurden. Da hierfür jede Begründung fehlt, scheint es sich um ein rechnerisches Versehen zu handeln, dessen Beseitigung die Kaufkraftverluste nochmals erheblich höher ausfallen lassen würde. In Tabelle 2 wurde diese Inkonsistenz eliminiert, so daß sich ein gegenüber den Zahlen des DIW um gut sechs Prozentpunkte höherer Kaufkraftverlust ergibt (bei Rentnern bzw. bei allen Haushalten beträgt die Differenz gut vier bzw. ebenfalls gut sechs Prozentpunkte).

¹¹ Der Preisindex nach Paasche gewichtet bekanntlich die Preisänderungen mit den Mengen der Bezugsperiode, also mit den sich nach der Währungsreform ergebenden Verbrauchsstrukturen.

Tabelle 1
Preiseffekte der DM-Einführung
(Angaben in %)

	ifo		DIW	
	Anteil	Preisänd.	Anteil	Preisänd.
Alle privaten Haushalte				
Nahrung/Genuß	39,2	+ 23	41,0	+ 18
Industriegüter	44,8	- 40	41,8	- 27
Dienstleistungen	12,9	+ 50	13,5	+ 122
Wohnung	3,0	± 0	3,5	± 0
Insgesamt ¹	100,0	- 2,5	100,0	+ 20
2-Personen-Rentner-Haushalte				
Nahrung/Genuß	48,8	+ 23	51,1	+ 16
Industriegüter	34,0	- 40	30,4	- 5
Dienstleistungen	14,0	+ 50	14,2	+ 141
Wohnung	3,6	± 0	4,3	± 0
Insgesamt ¹	100,0	+ 4	100,0	+ 39

¹ DIW: einschl. Warenstruktureffekt (siehe Text).

Quellen: ifo-schnelldienst 13/90, S. 25; DIW-Wochenberichte 17/90, S. 238, und 21/86, S. 265; eigene Berechnungen anhand unveröffentlichter DIW-Daten (vgl. auch Fußnote 8).

sten des Verbrauchs industrieller Güter⁹. Dahinter steht das Argument, der Verbrauch von Nahrungsmitteln und anderen „lebensnotwendigen Produkten“, wozu das DIW offenbar auch den gesamten Dienstleistungsbereich zählt, könne real nicht eingeschränkt werden¹⁰. Die Folgen dieses „Warenstruktureffektes“ sind in Tabelle 2 dargestellt.

Da der reale Konsum von Nahrungs- und Genußmitteln sowie von Dienstleistungen annahmegemäß nicht eingeschränkt werden kann, steigen die Ausgaben für diese Güterbereiche ebenso stark wie die Preise, so daß bei einem gegebenem Budget von z.B. 100 DM nur noch 16,10 DM für Industriewaren übrigbleiben. Real – d.h. in Preisen vor der Währungsumstellung gerechnet – ergibt sich daraus ein möglicher Industriegüterkonsum von nur noch 22,1 (statt wie bisher 41,8) Einheiten, und der über alle Bereiche addierte reale Konsum beträgt nur noch 80,3 statt 100 Einheiten (erneut in Preisen vor der Währungsreform gerechnet). Setzt man diesen wiederum zum ursprünglichen Realkonsum von 100 Einheiten in Beziehung, so ergibt sich für das gesamte Konsumgüterbündel ein Preisfaktor von 1,25.

Dieser Wert liegt deutlich über dem Kaufkraftverlust, den der Laspeyres-Index anzeigen würde (14,5%), und relativ nahe an dem Wert, der sich bei Verwendung eines Paasche-Index ergeben würde (25,7%)¹¹. Im Grunde wird hier aber gar kein wirklicher Preisindex, sondern ein Deflator berechnet, in dem sich Preis- und Mengeneffekte mischen. Welches Vorgehen sinnvoller ist, hängt von der genauen Fragestellung ab, die man mit dem Kaufkraftvergleich verbindet:

Tabelle 2
Kaufkraftberechnung des DIW
 (Erwerbstätigenhaushalt mit einem Budget von 100 DM)

	ursprüngl. Ausgaben in DM (= %)	Preis- index	aktuelle Ausgaben in Preisen nach Reform	aktuelle Ausgaben in Preisen vor Reform
Nahrung/Genuß	41,0	1,23	50,4	41,0 (51,1%)
Industriewaren	41,8	0,73	16,1	22,1 (27,5%)
Dienstleistungen	17,2	1,95	33,5	17,2 (21,4%)
Gesamt	100,0	1,25	100,0	80,3 (100%)

Quellen: DIW-Wochenbericht 17/90 sowie ergänzende Unterlagen des DIW; eigene Berechnungen.

□ Der vom ifo-Institut verwendete Laspeyres-Index gibt an, um wieviel Prozent das D-Mark-Einkommen der DDR-Bürger steigen müßte, um die Preiseffekte der Währungsunion gerade auszugleichen, die Realeinkommen also unverändert zu lassen („kompensierende Einkommensvariation“)¹². Im Beispiel der Tabelle 2, der die DIW-Annahmen über die Entwicklung der Preise und Mengen zugrunde liegen, beträgt die notwendige Einkommenssteigerung in diesem Sinne 14,5%.

□ Der vom DIW verwendete Deflator (Anstieg um 25% im Beispiel der Tabelle 2) ist nicht so einfach zu interpretieren. Er kann vor allem *nicht* als durchschnittlicher Preisanstieg aller Gütergruppen interpretiert werden, und er gibt auch den Kaufkraftverlust der DDR-Bürger im Sinne ihres Realeinkommensverlustes *nicht* an (dieser beträgt im Beispiel lediglich $100 - 80,3 = 19,7\%$). Der Deflator entspricht vielmehr dem Prozentsatz, um den das neue Nominaleinkommen der DDR-Bürger über ihrem neuen Realeinkommen liegt; für einen „Vorher-Nachher“-Kaufkraftvergleich ist diese – aus der VGR stammende – Kennzahl nicht aussagekräftig.

Die Berechnungen des DIW dürfen daher schon aus methodischen Gründen nicht als Maßstab für den Kaufkrafteffekt der Währungsunion interpretiert werden. Darüber hinaus erscheint die zentrale Annahme einer voll-

¹² Genaugenommen müßte das Nutzenniveau konstant gehalten werden; unter den extremen Elastizitäts-Annahmen des DIW ist dies genau dann der Fall, wenn die ursprünglich konsumierten Gütermengen wieder realisiert werden können.

¹³ Letztere werden in der VGR als Dienstleistungen erfaßt. Das DIW hat auch Alternativrechnungen mit weniger extremen Annahmen vorgelegt, die in der Öffentlichkeit jedoch nicht beachtet wurden.

¹⁴ Vgl. dazu näher z.B. G.W. McKenzie: *Measuring Economic Welfare: New Methods*, Cambridge 1983, S. 101 ff.

¹⁵ Hier liegt wieder das Hickssche Konzept der „kompensierenden Einkommensvariation“ zugrunde; danach hätte eine ostdeutsche Durchschnittsfamilie 13% ihres Einkommens geopfert, wenn sie die Güterrationierungen hätte umgehen können. Vgl. I. L. Collier: *Effective Purchasing Power in a Quantity Constrained Economy: An Estimate for the German Democratic Republic*, *Review of Economics and Statistics*, 1986, S. 25-32.

kommen preisunelastischen Nachfrage zumindest für den Dienstleistungssektor eher unrealistisch; immerhin wird hier eine Verdoppelung der Preise angenommen, bei gleichzeitigem Rückgang der Industriegüterpreise um mehr als ein Viertel. In vielen Fällen wird es sich für die Bürger lohnen, teure Dienstleistungen durch preiswertere Waren zu ersetzen, z.B. ein neues Auto zu kaufen statt das alte zu reparieren oder neue Fenster zu installieren, um den Strom- und Gasverbrauch zu reduzieren¹³.

Gesamtwirtschaftliche Betrachtung

Reine Indexberechnungen, wie sie von den beiden Instituten vorgelegt wurden, sind bei sehr großen Veränderungen der Preis- und Güterstruktur grundsätzlich problematisch. Dies gilt im Falle der DDR verstärkt aus folgenden Gründen:

□ Bei starken Verschiebungen der Güterstruktur zwischen Basis- und Berichtsperiode lassen sich Wohlfahrtsvergleiche nur noch schwer anhand reiner Preisindizes ziehen; genaugenommen erfordern sie bestimmte Annahmen über die Nutzenfunktionen der Betroffenen¹⁴.

□ Die Qualität der Güter, die vor der Währungsunion in der DDR verfügbar waren, lag in vielen Bereichen deutlich unter dem Standard der Güter, die jetzt in den Warenkorb eingehen; das beobachtbare Kaufverhalten der DDR-Bürger nach der Währungsunion belegt dies eindrucksvoll. Reine Preisvergleiche lassen die neue Situation daher zu ungünstig erscheinen.

□ Zahlreiche Güter waren in der DDR früher zu den offiziellen Preisen nur begrenzt oder gar nicht verfügbar. Die „tatsächlichen“ Preise lagen deutlich höher, sie bewegten sich zwischen den staatlich fixierten und den Schwarzmarktpreisen. Einer Schätzung von I. L. Collier (für das Jahr 1977) zufolge reduzierte allein dieser Effekt das nach offiziellen Preisen ausgewiesene Durchschnittseinkommen der ostdeutschen Haushalte um circa 13%¹⁵.

Weitaus gravierender ist allerdings ein systematischer Einwand, der gegen die Berechnungen beider Institute erhoben werden muß. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gilt es nämlich, eine Asymmetrie zwischen den Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen einerseits und den Preissenkungen bei Industrieprodukten andererseits zu beachten: Erstere gehen überwiegend auf den Wegfall staatlicher Subventionen zurück, so daß ihnen ein Einsparungseffekt an anderer Stelle (im Staatshaushalt der DDR) gegenübersteht. Dagegen resultieren die Preissenkungen für Industriegüter vor allem daraus, daß die DDR nunmehr Zugang

zu den Weltmärkten hat, d.h., es handelt sich hier um einen gesamtwirtschaftlichen Netto-Wohlfahrtsgewinn. Eine auf die Privathaushalte verkürzte Darstellung, die den wichtigen Gegenposten der ersparten Subventionen ausblendet, ergibt daher ein stark negativ verzerrtes Bild der wirklichen Wohlfahrtseffekte der Währungsunion. Dies gilt auch, wenn die ersparten Subventionen sofort wieder an anderer Stelle (etwa für die Infrastrukturfinanzierung) verwendet werden, denn auch dann kommen sie den Bürgern der DDR zugute.

Die Berücksichtigung dieser Überlegung verändert die Kaufkraft-Rechnung vollständig. Rechnet man die 1989 im Staatshaushalt der DDR ausgewiesenen Preis-subsidien von rund 58 Mrd. DM¹⁶ in direkte Einkommensbeihilfen bzw. Steuersenkungen für die rund 6,5 Mill. privaten Haushalte um, so könnten diese ihre monatlichen Verbrauchsausgaben um rund 740 DM erhöhen. Unter Zugrundelegung der Einkommensverhältnisse und Verbrauchsstrukturen des Jahres 1988 würden sich dann selbst bei den vom DIW unterstellten, relativ pessimistischen Annahmen über die Preisentwicklung keine Einbußen im realen Einkommen ergeben, sondern im Gegenteil Realeinkommenszuwächse von 14,5% für Erwerbstätigenhaushalte und 74% für 2-Personen-Rentnerhaushalte¹⁷.

Dieses Ergebnis ist nicht verwunderlich: Eine Volkswirtschaft, die bisher zahlreiche Produkte zu hohen Kosten selbst erstellt hat, die sie im Tausch auf den Weltmärkten viel günstiger hätte erwerben können, muß Wohlfahrtsgewinne erzielen, wenn sie eine konvertible und stabile Währung erhält und aus der selbstgewählten Isolation heraustritt. Der Übergang zu knappheitsgerechten Inlandspreisen kann aufgrund der damit verbundenen Effizienzgewinne für die Volkswirtschaft insgesamt nur vorteilhaft sein, jedenfalls dann, wenn er nicht durch neue Verzerrungen (insbesondere nicht

knappheitsgerechte Löhne) wieder konterkariert wird. Insofern steht es außer Frage, daß die DDR als Ganzes durch die Währungs- und Wirtschaftsreform erhebliche Wohlstandsgewinne erzielen wird. Eine angemessene Beteiligung der einzelnen Bevölkerungsgruppen an diesen Gewinnen ist ein Problem, welches im Wege der Steuer- und Sozialpolitik zu lösen ist.

Übergangsprobleme

Die Ausgangsdaten, die den oben diskutierten Kaufkraftvergleichen zugrunde liegen, haben sich seit Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli bereits grundlegend verändert:

□ Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln sind teilweise deutlich stärker ausgefallen, vor allem im Osten der DDR; so mußten eine Woche nach der Währungsumstellung für 2,5 kg Kartoffeln bis zu 5 DM, d.h. rund doppelt so viel wie in der Bundesrepublik, bezahlt werden¹⁸.

□ Auf der anderen Seite ist es inzwischen zu erheblichen Lohnerhöhungen gekommen, z.B. in der Metallindustrie um annähernd ein Drittel, im Versicherungsgewerbe um 50%. Auch das Rentenniveau wurde durch Angleichung an das bundesdeutsche Berechnungssystem und durch die Einführung einer Mindestrente von 495 DM erhöht. Zugleich wurden der westdeutsche Lohnsteuertarif – mit seinen hohen Freigrenzen für geringverdiener –, die Mehrwertsteuer von 14% und die spezifischen Verbrauchsteuern der Bundesrepublik übernommen¹⁹.

Trotzdem ist es für eine aktualisierte Kaufkraftberechnung noch zu früh. Zum einen liegen über den derzeit aktuellen Warenkorb der DDR keine verlässlichen Angaben vor, und zum anderen sind insbesondere die im Vergleich zum Bundesgebiet teilweise überhöhten Preise als Übergangsproblem zu werten, das mit zunehmendem Wettbewerb und mit dem Abbau der nach wie vor bestehenden Marktzugangshemmnisse für westdeutsche Anbieter von selbst verschwinden wird.

Viel wichtiger als kurzfristige Kaufkraftverluste oder -gewinne sind ohnehin die dynamischen Effekte der Wirtschafts- und Währungsunion. Hier besteht derzeit die Gefahr, daß hohe Lohnsteigerungsraten zu weiteren Entlassungen und damit – entgegen ihrer eigentlichen Intention – zu einzel- und gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftverlusten führen könnten. In der Versachlichung entsprechender Tarifverhandlungen liegt deshalb vielleicht der wichtigste Beitrag, den künftige Kaufkraftvergleiche leisten können. Entsprechende Sorgfalt bei ihrer Erstellung und Interpretation ist geboten.

¹⁶ Vgl. o.V.: Neben dem Lohn zahlt der Staat noch 300 Mark monatlich an jeden Bürger, in: Handelsblatt vom 26. 4. 1990, S. 9. (Über die Hälfte der Subventionen betrafen den Lebensmittelbereich, jeweils ein knappes Viertel Dienstleistungen und Industriewaren.) Vgl. auch o.V.: Noch viel Luft im Etat, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 24. 5. 1990, S. 3. In diesen Zahlen sind die Kosten des staatlichen Wohnungsbauprogramms nicht enthalten, die für 1988 mit nochmals 25,4 Mrd. Mark angegeben werden. Vgl. o.V.: Bruttolohn-Gefälle zwischen DDR und Bundesrepublik als optische Täuschung, in: Handelsblatt vom 10. 4. 1990.

¹⁷ Der hohe Zuwachs bei den Rentnern resultiert daraus, daß ihr Einkommen im Verhältnis zu den Preissubsidien relativ gering ist. In der Rechnung wurde für alle Gütergruppen eine Einkommenselastizität von eins angenommen; die Kaufkraftgewinne fallen noch wesentlich kräftiger aus, wenn man den plausiblen Effekt steigender Verbrauchsanteile der relativ billiger gewordenen Industriegüter in Rechnung stellt.

¹⁸ Vgl. o.V.: Große Preisdifferenzen bei Gütern des täglichen Bedarfs, in: Handelsblatt vom 10. 7. 1990.

¹⁹ Vgl. Deutsche Bank AG: DDR Wirtschafts- und Währungsunion, Frankfurt 1990, S. 37 f.